

Erwerbslosenunterstützung sträuben würde, aber so lange nicht die nötige Grundlage vorhanden ist, werde ich mich mit aller Kraft gegen unsichere Experimente wehren.

* * *

In seinem „Mehrengempe!“ strebt Kollege Abend ein ähnliches, wenn auch weniger gefährliches Experiment an. Auch das von ihm angegebene Produkt kann genauer Nachprüfung nicht standhalten und so denke ich, daß der Verbandstag nicht erst Zeit und Mühe opfern wird, sich mit seinen „uferlosen Wünschen“ eingehend zu beschäftigen. Ich muß hier den Vorwurf zurückweisen, daß ich in Nr. 23 der „Solid.“ in meinem Artikel, der sich auch gegen die E.-A. richtet, die erhöhte Einnahme nicht in Betracht gezogen hätte. In dem Leipziger Vorschlag, welcher die Veranlassung zu meiner Erwiderung gab, war mit keiner Silbe von einer Beitragserhöhung die Rede gewesen; ich habe aber doch die Möglichkeit der Einführung eines neuen Unterstützungsweiges angegeben, wenn — ja wenn — der Wochenbeitrag **entsprechend erhöht** würde. — Kollege Abend begehrt bei seinem Mehrengempe! vor allem den Fehler, daß er wohl mit höheren Einnahmen rechnet, die Ausgaben aber wie bisher bestehen läßt, trotzdem er eine Erhöhung der Leistungen fordert. Nach A. wäre eine Einnahme von 48 000 Mk., davon gehen 20 pCt. Verwaltungskosten ab und das sind nicht 7000 Mk., Kollege Abend, sondern 9600 Mk.; außerdem soll sich die Arbeitslosenunterstützung von durchschnittlich 78 auf 92 Pf. erhöhen, das sind 18 pCt. Erhöhung.

Kollege Abend berechnet durch die von ihm in Vorschlag gebrachte Beitragserhöhung eine Mehreinnahme von 13 000 Mk.; hiervon streiche ich ihm 1000 Mk. ab, diese Summe besteht nämlich aus zurückgezählten Vorständen, die doch nicht als regelmäßige Einnahme betrachtet werden können. Es bleibt somit die Mehreinnahme von 12 000 Mk. Die Ausgaben dagegen mehrten sich bei den 20 pCt. Verwaltungskosten um 2400 Mk., bei der Arbeitslosenunterstützung um 18 pCt., gleich 1300 Mk. Für Streiks usw. dürften 5000 Mk. gegenüber 2500 Mk. im Vorjahre nicht zu niedrig veranschlagt sein, wenn wir unter Berücksichtigung der mit dem Anwachsen des Verbandes immer stärker werdenden Forderung nach Verbesserung der Lohnposition rechnen. Von den übrigen Posten (Zeitung usw.) dürfte sich auch manches erhöhen, so daß 2000 Mk. dafür nicht zu niedrig veranschlagt sind. Also insgesamt ergibt sich eine Mehrausgabe: für Verwaltungskosten 2400 Mk., Unterstützung für Arbeitslose 1300 Mk., Unterstützung bei Streiks 2500 Mk., Sonstiges 2000 Mk., in Summa 8200 Mk. Diesen gegenüber steht die Mehreinnahme von 12 000 Mk., ergibt also einen Ueberschuß von 3800 Mk. Für den Invalidentfonds würde dies ja genügen, aber wo bleibt der Reservefonds? Wovon sollen wir Lohnkämpfe führen?

Doch ich glaube, von einem Zutreffen dieser Berechnungen kann schon deshalb keine Rede sein, weil wir im nächsten Jahre infolge der famosen Handelsverträge der deutschen Regierung auf einen ziemlich rückgängigen der deutschen Industrie gewappnet sein müssen, welcher wieder große Arbeitslosigkeit im Gefolge haben wird; wir können daher ganz gut die Arbeitslosenunterstützung um ein weiteres Drittel aufschlagen und auch die Lohnkämpfe sind in schlechten Zeiten bedeutend teurer, als bei aufsteigender Konjunktur. Rechnen wir nun noch die Kosten für den diesjährigen Verbandstag mit hinzu, die bei der Teilnahme von über 50 Delegierten ca. 4000 Mk. betragen mögen, so wird im laufenden Jahre ein Ueberschuß wohl kaum herauskommen. Ein solcher läßt sich wohl überhaupt nur auf Grund stetig zunehmender Mitgliederzahl erreichen und deshalb muß das Hauptgewicht auf die Agitation für unsere Organisation gelegt werden. Wir haben bisher, hauptsächlich im letzten Jahre, ziemlich erhebliche Fortschritte gemacht und diese beruhen im wesentlichen auf genauen Erwägungen zwischen Wollen und Können. Und diesem Grundlauge müssen wir auch in der Zukunft treu bleiben, um die ständige Weiterentwicklung unseres Verbandes zu garantieren. Die immer teurer werdenden Lebensverhältnisse, die damit zusammenhängende Ausdehnung der Kämpfe um bessere Bezahlung, machen es dem Verbandsrat zur Pflicht, daß, wenn eine Beitragserhöhung beschlossen wird, die bestehenden Unterstützungen ausgebaut und erhöht werden. Die verbesserten Unterstützungen verbunden mit unerwünschter Agita-

tion werden unserer Organisation die alten Mitglieder erhalten und Fernstehende zu uns heranziehen. — I.

Grenztretigkeiten.

Auch der diesjährige Gewerkschaftskongreß wird sich wieder mit dieser leidigen Frage beschäftigen müssen; eine Reihe Anträge werden hierzu Veranlassung geben und von neuem wird die Frage aufzu-tauchen, sind Industrie- oder Branchenverbände zu empfehlen, und vor allen Dingen dürfte die Gebietsabgrenzung der Ungelehrten wieder heiß umstritten werden. Zwar stehen wir im allgemeinen auf dem Boden der Industrieverbände und würden ihnen in erster Linie das Wort reden, zumal es ja heute schon so eingeführt ist, daß einzelne Berufsgruppen auch Gruppenvertretungen und Verwaltungen haben, zum Beispiel die im Buchdruckerverband vereinigten Maschinenmeister, Stereotypen, Schriftsetzer, Korrektoren und jetzt auch die Maschinenlehrer haben ihre Spezialvereine, wo die Spezialfragen des einzelnen Berufes besprochen werden und zur Beschlußfassung der gemeinsamen Versammlung unterbreitet werden. Ähnlich so ist es bei den Lithographen und Steinrudern und auch in anderen Berufsgruppen. Bis auf das Hilfspersonal haben beide Verbände alle in ihrer Branche beschäftigten Arbeiter vereinigt und sind doch im eigentlichen Sinne des Wortes Branchenverbände; denn zum Industrieverbande im graphischen Gewerbe gehörten die Buchdrucker, Steinrunder, Lithographen, Buchbinder und das Hilfspersonal dieser Berufe. Diese Hindernisse zu beseitigen, welche noch heute einer allgemeinen Verschmelzung im Wege stehen, dürfte so leicht keinem Gewerkschaftskongreß-Beschluß gelingen. Als Industrieverbände können heute nur der Metallarbeiter- und Holzarbeiterverband gelten und hier ist es wiederum zu verzeichnen, daß einzelne Branchenverbände, wie z. B. die Maschinenisten und Feiger, sich gegen diese Verschmelzung wehren mit der Behauptung, daß nur die Branchenorganisation imstande ist, für diesen Beruf auf Grund seiner Eigenart Verbesserungen erlangen könnte, und wer wäre imstande, hier ein Machtwort zu sprechen? Die Grenztretigkeiten sind eben eine Episode in der Gewerkschaftsbewegung, wie man durch einen Blick auf die Entwicklung derselben feststellen kann. Denn als die Arbeiterchaft nach Füllen des Sozialistengesetzes daran ging, ihre in Trümmern liegenden Vereine wieder aufzubauen, entbrannte ein Kampf um die Organisationsform. Aber 1892 auf dem Halberstadter Gewerkschaftskongreß siegte doch der Zentralisationsgedanke und wurde die Resolution der Holzarbeiter mit 148 gegen 37 Stimmen angenommen, nachdem die Metallarbeiter ihre Resolution zurückgezogen hatten. Die Absätze 1, 2 und 3 der angenommenen Resolution lauten:

„1. Der Kongreß erklärt sich für die Annäherung der Zentralisation verwandter Berufe durch Kartellverbände, überläßt jedoch die Entscheidung über die Frage, ob die spätere Vereinigung der Branchenorganisationen zu Unionen oder Industrieverbänden statzfinden hat, der weiteren Entwicklung der Organisationen infolge der Kartellverbände.“

2. Der Kongreß erklärt, daß in all denjenigen Berufsgruppen, wo die Verhältnisse den Industrieverband zulassen, dieser vorzuziehen ist, daß jedoch in all denjenigen Berufsgruppen, wo infolge der großen Verschiedenheit der Verhältnisse die Vereinigung in einem Industrieverband nicht durchführbar ist, durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden soll.“

3. Der Kongreß erklärt, daß die Zentralorganisation, als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation am besten befähigt ist, die der letzteren zufallenden Aufgaben zu lösen und empfiehlt allen Gewerkschaften, welche bisher lokalorganisiert oder durch ein Vertrauensmännersystem verbunden waren, sich den bestehenden Zentralverbänden anzuschließen resp. solche zu bilden.“

Damit war der Streit, ob zentral oder lokal, entschieden, aber er ist leider bis heute noch nicht beendet, trotzdem nach dem Entwicklungsgang aller Gewerkschaften hierüber kein ernst erweiternder Mensch mehr im Zweifel sein sollte. Ist es nun schon schwer, in gelehrten Berufen, wo ein Berufswechsel nicht häufig vorkommt, eine Einigung in der Frage zu erzielen, um wieviel schwerer ist es nun erst, bei den Ungelehrten eine Grenze zu finden, die den Einzelberuf vor Schaden bewahrt; denn auch dieses

große Heer der Arbeiter und Arbeiterinnen hat Berufsgruppenarten zu bezeichnen, die im Interesse dieser Gruppen ein Recht auf Berücksichtigung haben.

Doch ein Verband treibt hier mit größter Ungeniertheit sein Unwesen; er nennt sich Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband, und weil er sich diesen Namen anzulegte, glaubte er auch ein Recht auf alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu haben, unbekümmert darum, ob er jemals imstande ist, für seine Mitglieder etwas zu tun! Ja, er schreckt sogar nicht vor Terrorismus zurück und einzelne seiner Bevollmächtigten treiben sogar ein sehr bedenklich Spiel. So haben wir z. B. in Jülich zu bezeichnen, daß nach den Vorkommnissen in F. mit H. Rief, der darum sein Amt niederlegte, es dem Fabrikarbeiterverband gelang, in einer Steinruderei, wo fast alle Geheissen organisiert sind, Eingang zu finden und Abmachungen dahin zu treffen, daß die Firma bei Bedarf von Arbeitskräften diese beim Fabrikarbeiterverband bestellen muß. Ein Mitglied von uns sprach bei eingetretener Arbeitslosigkeit in der betreffenden Druckerei vor und erhielt die Antwort, daß es sich eine Ueberweisung vom Fabrikarbeiterverband holen solle. Der Bevollmächtigte verlangte, daß der Kollege bei uns austreten und im Fabrikarbeiterverband eintreten sollte und machte die Ausbändigung der Ueberweisung von diesem Uebertritt abhängig! Unter Kollege tat unter dem Druck der Verhältnisse, was man von ihm verlangte und sehte, sobald er eine andere Arbeit finden konnte, diesem Verbandsrat den Rücken, der unter Ausnutzung der Notlage eines Arbeitslosen diesem das Einstreibe-geld und die Beiträge für verschiedene Wochen (so lange er dort arbeitete) aberlangte. Gibt es wohl eine verwerflichere Handlungsweise als die hier geschilderte? Ich möchte mal den Bevollmächtigten hören, wie er sich entrüsten würde, wenn ein Unternehmer den Austritt eines seiner Mitglieder erzwingen würde! Scharf und entschieden weisen wir solche Dinge zurück, wenn Unternehmer so handeln, aber unversöhnlich ist es, wenn Arbeitervertreter eine solche Handlungsweise sich zuzulassen kommen lassen, das kann man nur Mitgliederfang nennen und hierzu muß der Gewerkschaftskongreß Stellung nehmen. Da das Einberufen des Fabrikarbeiterverbandes bedeutend belastet ist, so scheint man den Hilfslosen markieren zu wollen, der nun wirklich im Interesse aller ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen einen Ausweg sucht, denn dem Gewerkschaftskongreß wird folgender Antrag unterbreitet:

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Wilschburg-Heilertag): „Der Kongreß wolle einen Weg suchen, auf dem sämtliche in Betracht kommenden Verbände der ungelerten Arbeiter zu einer großen Organisation vereinigt werden können.“

Natürlich wird, wenn der Antrag genügend unterstützt wird, eine mehr als lebhaft Debatten entstehen, denn wie bei uns, wo durch die Eigenart unseres Berufes eine durchaus klare Grenze geschaffen ist, so ist es auch in anderen Berufen zum Teil der Fall; wie sollte es bei uns jemals durchzuführen sein, uns einer Organisation anzuschließen, wo eine Arbeitszeit für Männer von 14 Stunden und mehr besteht und für Arbeiterinnen eine solche von 11 Stunden. Wir haben durch den Grundberuf im Buch- und Steinrudergewerbe fast ausnahmslos die 9½-stündige Arbeitszeit ohne Kampf erhalten und nur, um auch die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen, mußten wir in verschiedenen Städten und heute noch in einzelnen Geschäften streiten. Wie denkt sich der Verbandsvorstand des Fabrikarbeiterverbandes die möglichst wirtschaftliche Gleichstellung seiner Mitglieder? Er scheint sich nicht bewußt zu sein, daß zur Gleichstellung vor allen Dingen erst mal eine einheitliche Arbeitszeit gehört. Für uns also kann dieser Verband keinesfalls in Frage kommen. Wir werden, wenn die Schleiferfrage jetzt Ostern im Sinne des Dresdener Beschlusses geregelt wird, mit ganzer Kraft an dem Ausbau der Hilfsarbeiterorganisation im Buch- und Steinrudergewerbe arbeiten, um, wenn einmal die graphische Union geschaffen werden kann, auch wir in voller Stärke es daran beteiligen können. Daß den Einzelberufungen jedes Begriffsvermögen über die Durchführbarkeit gestellter Anträge fehlt, zeigt folgender, ebenfalls zum Gewerkschaftskongreß gestellter Antrag:

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Wilschburg): „Der Kongreß wolle die Frage prüfen, ob nicht alle Arbeitnehmer in einem Verbands vereinigt werden können.“

Natürlich wird dieser Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung seine Erledigung finden, aber immerhin, er zeigt deutlich, wie man sich eine Organisation nicht vorstellen soll und wie wenig die Betroffenen begriffen haben, warum man sich organisiert.

Was auch der Gewerkschaftskongress beschließen mag, er wird die Grenzstreitigkeiten nicht bannen können, aber die schlimmsten Auswüchse muß er beseitigen helfen; vor allen Dingen aber tut die Aufklärung in den eigenen Reihen noch sehr not; denn haben wir erst den größten Teil unserer Kollegen und Kolleginnen organisiert, dann werden sie selbst die Grenzstreitigkeiten unmöglich machen, weil sie, ohne zu fragen, wissen werden, wohin sie gehören und wo ihre Interessen am besten vertreten werden können.

Korrespondenzen.

Samburg. Außerordentliche Mitgliederversammlung vom 8. April. Als Schriftführer wird Kollege Nordmann gewählt. Bei Beratung der zum Verbandstage gestellten Anträge werden die eingebrachten Anträge, die sich auf Verwaltung und Agitation beziehen, angenommen. Dann begründet Kollege Nordmann eingehend seinen Antrag auf Erwerbslosenunterstützung und Einführung der Staffelbeiträge von 20, 30 und 40 Pf. pro Woche (s. Nr. 6 der „Sol.“). Kollege Schwefowitsch tritt dem entgegen und beantragt, für weibliche Mitglieder 30 Pfennige und für männliche 40 Pf. Wochenbeitrag und nur Gewährung von Arbeitslosenunterstützung, aber auch auf der Reise auf 42 resp. 60 Tage einzuführen. Er ist der Meinung, daß durch seinen Antrag den Mitgliedern bedeutend mehr geboten wird, da die Arbeitslosenunterstützung für die meisten Mitglieder wertvoller sei, als die Erwerbslosenunterstützung; durch den Antrag N. werden die Mitglieder stark geschädigt. Kollege Stoclas zieht seinen Antrag betreffs Beiträge und Unterstüzungen (ähnlich dem des Kollegen Schwefowitsch) zu Gunsten des Antrages Nordmann zurück. Nach längerer Debatte, in der sich mehrere Redner für und gegen den Antrag N. erklären, erfolgt Abstimmung. Das Eintrittsgeld auf 25, 50 und 75 Pf. in den verschiedenen Klassen festzusetzen, wird abgelehnt. Die Staffelbeiträge auf 1. Klasse 20 Pf., 2. Klasse 30 Pf., 3. Klasse 40 Pf. pro Woche festzusetzen, sowie der Antrag auf Erwerbslosenunterstützung wird gleichfalls angenommen. Hierzu wünschen mehrere Redner längere Dauer der Unterstüzungsauszahlung. Wegen vorgezogener Zeit konnten die übrigen Anträge nicht mehr beraten werden und vertagt der Vorsitzende hierauf die Versammlung auf den 6. Mai. Diefelbe findet bei Ractow statt.

Wien. Außerordentliche Generalversammlung vom 9. April. Nach Annahme des Protokolls gab Kollegin Fejt den Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen vor dem Einigungsamt, wobei uns die Prinzipalvorsitzenden nochmals erklärten, einen Mindestlohn von 12 Mk. für Anlegerinnen nicht zahlen zu können. Auch gaben sie uns bekannt, daß sie nach Erörterungen bei den Buchdruckereibesitzern in anderen Orten den Bescheid erhielten, mit den Hilfsarbeitern überhaupt keinen Vertrag abzuschließen. Dies zu verhindern, gab uns die meiste Ursache, den vom Gerichtsrat Dr. Brenner vorge schlagenen Mittelweg, 11 Mk. als Mindestlohn gelten zu lassen, auch anzunehmen. Die Prinzipalvertreter erklärten uns hierauf, dies ihren Mitgliedern bekannt zu geben und uns bis Mitte April das Resultat mitzuteilen, jedoch bis 1. Mai der Tarif in Kraft treten könne, der bis 1. Januar 1907 Gültigkeit hat. Sie stellten uns auch frei, wenn eine Anlegerin zum Mindestlohn vom Arbeitsnachweis nicht vorhanden ist, wir nicht die Verpflichtung haben, eine bisher besser bezahlte Anlegerin zum Minimallohn zu vermitteln. Somit ist uns die Möglichkeit gegeben, durch unseren Arbeitsnachweis die Prinzipale zur Bezahlung besserer Löhne zu veranlassen. Vorsitzender Schmid ergänzte diese Ausführungen und verlas nochmals die Bestimmungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Buchdruckereien. Vor dem Einigungsamt wurde denselben noch hinzugefügt, daß die in den Buchdruckereien jetzt bestehenden Verhältnisse für keinen Fall verschlechtert werden dürfen. Er empfahl den Kollegen und Kolleginnen, den Tarif anzunehmen, und wenn diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die jetzt schon mehr als den Mindestlohn erhalten, schließlich glauben, für sie sei durch den Tarif keine Verbesserung eingetreten, so steht es ihnen ja frei, auf Grund ihrer Arbeitsleistung mehr zu fordern. Schmid führte verschiedene Beispiele an von den miserablen Löhnen, die hier noch existieren, wie beispielsweise bei Oppacher, wo Anlegerinnen einen Lohn von 8 und 9 Mk. haben, und wie bedeutend für dieselben die Aufbesserung ist, wenn sie nun den

Mindestlohn von 11 Mk. erhalten müssen. Ebenso ist es bei den Wagensängerinnen, die bisher meistens nur 6 Mk. erhielten. Für die männlichen Hilfsarbeiter sind die Aufbesserungen von selber Bedeutung, wie bei den weiblichen. Die Mitglieder sind verpflichtet, streng auf die Bestimmungen zu achten und deren Durchführung in allen Druckereien mit zu bewerkstelligen. Nach Schluß der Vereinbarungen erhält jedes Mitglied ein Exemplar der gedruckten Bestimmungen. Schmid fordert die Anwesenden auf, in die nun folgende Diskussion recht rege einzugreifen und wenn der Tarif nicht für gut gehalten wird, uns das offen zu erklären, da wir auf keinen Fall gebunden sind, denselben anzunehmen. Die Diskussion war eine sehr lebhaft und spricht Kollege Langhauer der Tarifkommission volle Anerkennung aus. Kollegin Kantmann legt den Mitgliedern in warmen Worten die Annahme des Tarifes ans Herz, ebenfalls die Kollegen Steinbauer und Kloiber. Der Vorsitzende der Buchbinder, Herr Thalheim, empfahl den Mitgliedern, den Tarif anzunehmen und itzels darauf zu sein, als die Bahnbrecher für Einführung des Hilfsarbeiter-Tarifes in Deutschland zu gelten. Die Annahme des Tarifes wurde jedermann einstimmig befohlen. Betreffs unseres Verbandstages verlas der Vorsitzende die von der Verwaltung ausgearbeiteten Änderungen, da von den Mitgliedern keine eingebracht wurden. Auch diese wurden nach einer kleinen Debatte einstimmig angenommen. Kollege Wismann machte Vorschläge für die Verbandstagsbelegierten und erluchte die Anwesenden, auch solche zu wählen, die der Sache gewachsen sind. Aus der Wahl gingen nun als solche hervor: Alb. Schmid, Valentin Reumeier, Christian Bergler, Marie Fejt. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende die Differenzen bei Oppacher bekannt. Dort wäre es beinahe zum Streik gekommen, da eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde und eine kleine Lohnerhöhung gefordert wurde. Bei Müller, Kreitmeyerstraße, streikten unsere Kolleginnen 1½ Stunden; es wurde dort ohne genügenden Grund einer Kollegin gekündigt, die anderen Kolleginnen erklärten sich solidarisch. Die beiden Vorsitzenden wurden bei Herrn Müller vorstellig und erklärte ihnen dieser nach altem Herrenstandpunkt, daß er seinen Betrieb 3 Jahre sperren wird. Als ihm aber bekannt gegeben wurde, daß die Anlegerinnen die Arbeit niedergelegt haben, schlug er sofort einen anderen Ton an und die Kolleginnen konnten nach 1½ Stunden mit der entlassenen Kollegin die Arbeit wieder aufnehmen. Jetzt, sagte Herr Müller, habe ich freilich ein ganz anderes Miß von dieser Organisation bekommen und werde ich auch dafür sorgen, bei einer vorkommenden zweifelhaften Kündigung der Verwaltung des Verbandes dies vorerst mitzuteilen. Bei Reichhold Obensendling wird ebenfalls die 8½-stündige Arbeitszeit gefordert; eine Einigung ist noch nicht zustande gekommen und droht dort der Streik auszubrechen. Unter Verschiedenem wurden noch einige Mißstände besprochen, die zur Befriedigung der Anwesenden erledigt wurden. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Crimmitschau. Versammlung vom 11. April. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls fanden 3 Neuaufnahmen statt. Die Neuaufgenommenen wurden ermahnt, tüchtige und eifrige Verbandsmitglieder zu werden und itzels die Interessen des Verbandes und der Zahlstelle nach Kräften zu vertreten. Sodann nahm der Kartellbelegierte D. Jung das Wort und hebt besonders hervor, daß alle Mitglieder an der diesjährigen Meißner teilnehmen möchten, welche in zwei Lokalen, Jah's Theaterlokal und im Gesellschaftsbau stattfinden. Ferner bringt er zur Kenntnis, daß der letzte Textilarbeiterkampf für die hitigen Gewerkschaften keine Abnahme an Mitgliedern, wie es so verschiedentlich prophezeit wurde, ergeben hat, sondern daß ein ganz enormer Zugang an Mitgliedern stattfand, so daß in Crimmitschau ca. 5500 frei organisierte Arbeiter zu verzeichnen sind. Sodann wurde ein Wagnersausflug in Vorschlag gebracht und soll dieser am 14. Mai stattfinden. Sammelpunkt: Adolf Schuffers Restaurant (Verkehrshöhen, Gallensberg), früh 5 Uhr. Abmarsch 1½ Uhr über Lauenheim nach der Porzellanmühle. Kollege Meinhold erucht, daß an diesem Ausflug alle Mitglieder teilnehmen möchten und nicht so wenige, wie an den Nachmittags-Ausflügen im vergangenen Jahre, sonst muß von derartigen Vergnügungen Abstand genommen werden. Der fünfte Punkt der Tagesordnung erlebte sich durch einige Aufklärung der Mitglieder über Verhalten im Geschäft, um unliebsamen Vorkommnissen mit der Direktion künftig aus dem Wege zu gehen.

Berlin I. Versammlung vom 12. April. Nach Annahme des Protokolls wurde in erster Linie von der Versammlung das in der letzten kombinierten Versammlung verabschiedete zum Ausdruck gebrachte Mißtrauen gegen die Vorstände entschieden zurück gewiesen und dem Vorstand ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Sodann berichtet die Vorsitzende

noch von den letzten Lohnforderungen bei Theinhard, Bah & Garbe und Deutsche Warte, welche durchweg zu unseren Gunsten verlaufen sind. Mit Rücksicht auf die schon für den 7., 8. und 9. April in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Prinzipalen betreffs eines allgemeinen Lohntarifes für Berlin konnten weitere Lohnforderungen nicht gestellt werden und ist alles aufgehoben, bis die Verhandlungen über den Tarif erfolgt sind. Dafür fanden mehrere Agitationsveranstaltungen statt. Weiter berichtet die Vorsitzende über das Ergebnis der sogenannten Beschwerde der Kollegin Heubemann gegen die Verwaltung wegen Auslegung der Statuten. Es wurde festgestellt, daß es nicht angängig ist, bei Arbeitslosigkeit Stunden zusammenzuzählen, um eventuell keine Beiträge für die betreffende Woche zu leisten. Nun folgten die Beratungen zu den von uns gewünschten Statuten-Abänderungen zum Verbandstag; dieselben werden an anderer Stelle bekannt gegeben. Als Delegierte werden gewählt die Kolleginnen Feste, Marie Müller, Minna Müller, Minfert, Hornuth, Reichelt und Hentel, sowie zum Ersatz für event. Fälle die Kolleginnen Michaelis und Garbe. Der Vierteljahres-Rassenbericht, gegeben von Kollegin Müller, ergab eine gute Einnahme, und als Folge der regen Agitation waren 210 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Die Revisionen bestätigten diesen Bericht und wurde der Kassiererin Decharge erteilt. Der Arbeitsnachweis soll in der gleichen Weise wie bisher geöffnet sein. Weiter erucht die Kassiererin die Mitglieder, welche noch vom vorigen Vierteljahr Reste haben, dieselben schleunigst zu begleichen, da des Verbandstages wegen die Verbandsliste früher abgerechnet werden muß. Die nächste kombinierte Versammlung in der Tarif-Angelegenheit findet voraussichtlich am 30. April und unter Stiftungsfest am 6. Mai in Wendt's Festsaal statt. Das Fest bietet ein vorzügliches Programm unter Mitwirkung des „M-Trio“ und unserer früheren Kollegin, der vielbesuchten Klara Vins.

Rundschau.

Jahresbericht der Generalkommission für das Jahr 1904. (Durch Raumangel verpätet.) Die Generalkommission veröffentlichte vor kurzem im „Correspondenzblatt“ ihren Jahresbericht für 1904. Die Entwicklung der Gewerkschaften ist im steten Fortschritt begriffen. Am Schlusse des zweiten Quartals 1904 hatten die Zentralverbände die erste Million Mitglieder erreicht. Im dritten Quartal 1904 war in 32 Verbänden, deren Abrechnungen vorliegen, gegenüber dem vierten Quartal 1903 eine Zunahme von rund 100 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Trotz des Erstarkens des vereinigtsten Unternehmertums zeigen die Verbände eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. In dem Bericht werden dann die großen Streiks des verfloffenen Jahres besprochen, wobei die Generalkommission den Vorwurf zurückweist, daß sie beim Crimmitschauer Streik ihren Einfluß für Abbruch des Streikes geltend gemacht habe.

Im verfloffenen Jahre haben sich angeschlossen an die Generalkommission: die Verbände der Asphaltreue, der Postenwäcker und der Wälschearbeiter. Für 1904 sind zum erstenmale Erhebungen über die ohne Streiks verlaufenen Lohnbewegungen gemacht worden. Das Ergebnis der Statistik liegt noch nicht vor, doch soll es bis zum Gewerkschaftskongress veröffentlicht werden. Auch wurde die Streikstatistik dahin erweitert, daß der Erfolg des einzelnen Lohnkampfes, der in bezug auf Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhung eingetreten ist, festgestellt wird. Ebenso sollen die Verschlechterungen in der Statistik aufgeführt werden, die nach verloren gegangenen Abwehrstreiks eintreten.

Ueber die Agitation wird berichtet, daß im verfloffenen Jahre das Arbeitersekretariat für das Saarrevier neu errichtet wurde. In der Agitation besonders tätig sind: Ein besoldeter Beamter für Ost- und Westpreußen, mit dem Sitz in Elbing; ein Beamter für die Provinz Posen, mit dem Sitz in Bromberg; ein Beamter für Oberschlesien, mit dem Sitz in Katowitz; ein Beamter für das Saargebiet, mit dem Sitz in St. Johann-Saarbrücken. Die Schwierigkeiten, die diese Agitationskommissionen bei ihrer Tätigkeit zu überwinden haben, sind in allen Bezirken ziemlich die gleichen. Mangel an Versammlungsorten, Eingriffe der Behörden und in Gegenden mit geistig wenig fortgeschrittener Bevölkerung die kulturhemmenden Einflüsse des Merkantilismus erschweren die Agitation ungemain. Für jeden Bezirk, in dem im letzten Jahrzehnt die Agitation für die Gewerkschaften betrieben worden ist, siehe sich eine Geschichte schreiben über Intoleranz und rücksichtslose Verfolgung der Arbeiterchaft.

Die Errichtung von Arbeitersekretariaten wurde vielfach in Orten verlangt, in denen alle Voraussetzungen für die Erhaltung eines solchen fehlten. Diese Wünsche konnten von der Generalkommission nicht erfüllt werden.

Die im Jahre 1903 veranstaltete Agitation unter den italienischen Arbeitern in der Provinz Udine in Oberitalien, aus welcher die meisten Arbeiter nach Deutschland kommen, ist im letzten Jahre wiederholt worden. Der Erfolg der Agitation ist von den Organisationen der Unternehmer des Baugewerbes, die von dort ihre Arbeitswilligen beziehen, anerkannt worden, was zur Genüge die Zweckmäßigkeit des Verfahrens erweist, die italienischen Auswanderer in ihren Heimatsorten aufzunehmen.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen suchte die Generalkommission dadurch zu fördern und zu erleichtern, daß sie einem Frauenagitationskomitee, welches sich in Berlin aus Frauen, die seit vielen Jahren in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, zusammensetzte, ein Zimmer zur Verfügung stellte, wodurch die Möglichkeit geschaffen wurde, alle Zuschriften an eine Zentralstelle zu dirigieren und von dort aus zu beantworten, um Zeit zu ersparen, die durch Umhergehen der Zuschriften an die eine oder andere der Frauen, welche die an sie gerichteten Anforderungen nicht erfüllen konnte, unnötig verloren ging; auch wurde ein Sammelpunkt für Agitationsmaterial dadurch geschaffen. Wenn auch die Arbeiterrinnen-Agitation, soll sie gute und schnellere Fortschritte machen, noch anderer Hilfsmittel bedarf, so ist dieser erste Anfang immerhin nicht zu unterschätzen und hat sich auch in recht erfreulicher Weise eingeführt und schon jetzt recht gut bewährt.

Die Auflage des „Correspondenzblatt“ erhöhte sich von 14 500 auf 15 800 Exemplare.

Der Kassenbericht weist eine Mehreinnahme von 154 716,14 Mk., also eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr von 61 226,66 Mk. auf. Die Ausgabe beträgt 94 182,68 Mk., sie übersteigt die des Jahres 1903 um 7794,93 Mk. Die Mehrausgabe entfiel in der Hauptsache durch die erheblich größeren Aufwendungen für Agitation im Eten Deutschlands und im Saargebiet. Die Generalkommission verfügte am Jahresabschluss 1904 über einen Kassenbestand von 123 494,22 Mk. gegen 62 961,66 Mk. im Jahre vorher.

Das Zentralarbeitersekretariat in Berlin und seine Tätigkeit haben nicht unbedeutend an Umfang zugenommen. Es gingen im Berichtsjahre 908 Streitfachen ein gegen 633 im Vorjahre, mithin war eine Zunahme von 33% zu verzeichnen. Mit den 121 nichterledigten Streitfachen aus dem Jahre 1903 waren in Summa 1089 Sachen zu bearbeiten, davon sind 879 durch Entscheidung des Reichsversicherungsamtes erledigt, unerledigt blieben 210, darunter 8 Sachen aus dem Jahre 1903. 992 (gegen 608 im Vorjahre) Termine wurden für Arbeiter wahrgenommen. 443 Schriftsätze mußten allein angefertigt werden. Von den Streitfachen waren allein 873 Unfallprozesse, davon wurden 348 zu Gunsten der Verletzten durchgeschoben. Gestragt wird darüber, daß die Streitfachen, die zur Vertretung übermitteln werden, selten in ausreichender Weise vorbereitet und schriftlich begründet sind; selbst auf eine große Zahl der von Sekretariaten bearbeiteten Sachen trifft dies zu. Daraus erklärt sich die ausgebreitete Korrespondenz. Seine Aufgabe, den Versicherten ergebigen Rechtsschutz zu gewähren, kann das Sekretariat nur erfüllen, wenn es rechtzeitig — nicht erst ein paar Tage vor Stattfinden des Termins — ein möglichst vollständiges Aktenmaterial und Information erhält.

Das Zentralarbeitersekretariat verurteilte der Generalkommission Kosten in Höhe von 8666,89 Mk. Die ständige Steigerung der Inanspruchnahme dieses Instituts macht die Anstellung eines weiteren Sekretärs notwendig.

München. Zur Nachahmung empfohlen! Die Buchdruckerei Birk & Co. (Verlag der Münchener Post) gewährt auch dem Hilfspersonal eine Woche Sommerurlaub.

Die fünfte Generalversammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker findet am 19. Juni d. J. und folgende Tage in Dresden im Lindischen Bade, Schillerstraße 4, statt. Die Tagesordnung ist vom Verbandsvorstand wie folgt festgesetzt worden: Bericht des Vorstandes und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes, in Verbindung mit Beratung der Anträge auf größere Selbständigkeit der Gewerkschaften. Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage. Beratung der Abänderungsanträge zum Statut. Besprechung über die Stellung des Verbandes zu den einzelnen Sparten und zu den übrigen graphischen Berufen. Besprechung über unsere internationalen Beziehungen. Besprechung über die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, soweit sie die Interessen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker betreffen. Stellungnahme zu den Anträgen, den „Correspondent“ betreffend, Wahl des Redakteurs und Festsetzung des Gehalts für denselben. Festsetzung der Mitgliederbeiträge. Wahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und Festsetzung der Gehälter für dieselben. Festsetzung der Remuneration für die

Vorstandsmitglieder sowie der Tagelöhler für die Delegierten. Bestimmung über den Ort der nächsten Generalversammlung. Beschlußfassung über weitere Anträge und Beschlüsse.

Der **Verbandsstag deutscher Buchdrucker** hat sich mit folgendem Antrag des Gaues Berlin zu beschäftigen: „Die Delegierten der fünften ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker halten eine Kündigung des zur Zeit bestehenden Tarifes zum bevorstehenden Kündigungsstermin für notwendig. Einem neuen Tarifvertrag ist nur dann zuzustimmen, wenn derselbe folgende Änderungen enthält: Dauer des Tarifvertrages nicht über 3 Jahre; Erhöhung der Grundpositionen um wenigstens 7½ pCt.; Verkürzung der Arbeitszeit um wenigstens ½ Stunde; Fortfall des Staffeltarifs.“ Anträge München, Hannover sehen ebenfalls eine Lohnerhöhung vor; nach weiteren Anträgen sollen auch die Stereotypen, Galvanoplastiker, Korrektoren Aufnahme in den Tarif finden. Sodann ist mehrfach eine Neuregelung der Lehrlingskala geplant. Der Ausbau der Verbandsstellen wird besonders nach der Seite gewünscht, daß die Hinterbliebenen besser versorgt werden. 1906 soll in Berlin ein großer Kongreß der Maschinenmeister stattfinden, eine Anzahl Anträge sehen vor, daß die Kosten desselben aus der Verbandskasse der Buchdrucker gedeckt werden. Es handelt sich um Erringung besserer Arbeitsbedingungen.

Eine Statistik, die der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer aufgenommen hat, ergab aus 304 Betrieben folgendes Resultat: Handschreiber 4925 Mitglieder und 803 Nichtmitglieder, Maschinensetzer 146 Mitglieder und 22 Nichtmitglieder, Drucker und Maschinenmeister 1130 Mitglieder und 158 Nichtmitglieder, Schweizerbeuten 20 Mitglieder und 14 Nichtmitglieder, Stereotypenre 287 Mitglieder und 28 Nichtmitglieder, Faktoren 143 Mitglieder und 146 Nichtmitglieder, Korrektoren 159 Mitglie-

der und 113 Nichtmitglieder; insgesamt 6810 Mitglieder und 1284 Nichtmitglieder. Die letzteren verteilen sich auf 21 Betriebe, auf welche die Organisation bisher keinen Einfluß ausüben konnte.

Literatur.

Von der **Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenchrift**, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Alio Braun (Verlag: Berlin W. 33. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk.) ist soeben das 3. Heft erschienen.

Veranstaltungsanzeigen.

Zahlstelle Leipzig.

Sonntag, den 29. April, abends 7½ Uhr: **Mitgliederversammlung im Pantheon, Dresdenerstr. 20.** Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Familienabend. 2. Anträge zum Verbandstage. 3. Versuchsangelegenheiten. Wir erwarten sehr zahlreiche Besuch der Kollegen und Kolleginnen.

Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Am Mittwoch, den 12. April 1905 verstarb an Blutergiftung nach langem schweren Leiden unser Kollege

Jean Massinger

im Alter von 32 Jahren. Wir verlieren in ihm einen Mitbegründer und allezeit eifrigen Förderer unserer Zahlstelle. Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm stets **Die Zahlstelle Frankfurt a. M.** J. A.: Der Vorsta d.

Gesang-Verein „Solidarität“

Buchdrucker-Hilfsarbeiter. (M. d. A.-S.-B.)

Sonntag, den 23. April 1905 (1. Osterfeiertag)

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert

in den Central-Festsälen, Alte Jakobstrasse 32.

Gesangsleitung: Herr H. Rumpel. — Konzertleitung: Herr W. Heyden.

Eröffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr. — Programm 30 Pf.

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billets sind im Arbeitsnachweis Neuenburgerstr. 8, Stfil., bei G. Sternitzky, sowie bei allen Mitgliedern zu haben. Alle werthen Kolleginnen und Kollegen der 3 Berliner Zahlstellen sind freundlichst eingeladen, und verspricht denselben einen genussreichen Abend

Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Berlin Zahlstelle I.

Sonabend, 6. Mai 1905 ist die Feler des

Fünfzehnten Stiftungs-Festes

in den Industrie-Fest-Sälen, Benthstr. 20 I (gr. Saal)

unter Mitwirkung des Berliner Ulk-Trio, ebenso Gastspiel unserer früheren und sehr beliebten Kollegin Clara Linz (Mitglied des Bernhard Rose-Theaters). — Feste, gehalten von der Kollegin Thiede. — Nach der Vorstellung: **Grosser Ball.** — Anfang 8½ Uhr.

Programm 30 Pfennige. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach.

Billets sind im Arbeitsnachweis und bei allen Vertrauenspersonen zu haben. Die Mitglieder, auch der Zahlstellen II und III sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle II Berlin (Hilfsarbeiter).

Sonntag, den 14. Mai 1905

Fünfzehntes Stiftungs-Fest

in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32,

unter gefl. Mitwirkung des Gesangvereins „Solidarität“ (M. d. A.-S.-B.), der Berliner Volkssänger-Gesellschaft „Lowandowsky“ und des Rezitators Herrn Carl Albert.

Eröffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr. — Programm 30 Pfg. — Gäste willkommen.

Der Vorstand.